

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwelshke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)



Abonnements-Preis
pro Quartal 3 Mark
(incl. illustr. Sonntagsblatt und
landw. Mittheilungen.)
Die Hallische Zeitung erscheint wochentlich
in erster Ausgabe Vormittags 11 Uhr,
in zweiter Ausgabe Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Insertionsgebühren
für die fünfzehntägige Zeile oder deren Raum
für Halle und Magdeburg
nur 15 Pf., sonst 18 Pf.
Reclamen an der Spitze des Inseratenhefts
pro Zeile 40 Pf.

N 19.

Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Sonnabend 23. Januar.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt.

1886

Die Agitation gegen das Branntweinmonopol,

welche namentlich von der Eugen Richter begründeten „Freimüthigen Zeitung“ mit außerordentlicher Betriebsamkeit in Scene gesetzt und als willkommene Reklamemittel verwendet wird, hat auch noch dem Urtheil der „National-liberalen Correspondenz“ bis jetzt lange nicht die Erfolge erzielt, welche man auf Seiten ihrer Urheber erwarten konnte. In Wahrheit ist von einer das Volk in den Tiefen aufwühlenden Bewegung wenig zu verspüren. Unser Reichstagsabgeordneter Herr Alexander Meyer wußte bereits über das „Weglema-Monopol“ des deutschen Volkes und hat sicherlich noch weitere Mittheilungen für die liberale Versammlung in Halle, welche am nächsten Sonntag stattfinden soll, vorbereitet, um den neuen Saal im „Prinz Carl“ für politische Versammlungen wieder einzuweihen. Was sich bis jetzt regt, sind ausschließlich die Kreise der nächstberühmtesten Interessenten, denen der kräftige Widerstand gegen das Project von ihrem Standpunkt aus nicht zu verfehlen ist.

Charakteristisch für die Richter'sche Agitation ist jedenfalls die viel zu wenig gewürdigte Thatsache, daß der vom 14. December v. J. datirte, von der gesammten deutsch-freimüthigen Fraction unterzeichnete und zum Etat eingebrachte Antrag auf Aufhebung des Branntwein-Monopol-Projectes für „finanziell, volkswirtschaftlich und sittlich verwerflich“ erklärte, — zu einer 3. It., als noch nicht eine Silbe und nicht eine Zeile über das Branntwein-Monopol-Project vorlag, der ein Anspruch auf Authenticität beigegeben hätte. Wir haben also die mehr als befremdliche Erscheinung zu verzeichnen, daß eine Partei auf breiterer Basis der Entrüstung und mit spezifischeren Gesichtspunkten der Beurtheilung ein Verdict über eine Vorlage abgibt, von deren Einzelheiten und allgemeiner Beschaffenheit sie noch gar nichts weiß, ja die gerade nach strenger parlamentarischer Oberwacht, als deren berufene Hüter sich doch sonst immer demokratischen Vortruppen zu gelten pflegen, nicht bloß zu der betreffenden Zeit für eine Reichstagsfraction wie überhaupt für die Öffentlichkeit noch gar nicht existirte, sondern selbst jetzt und solange der Bundesrath die in Rede stehende Vorlage der preussischen Regierung nicht erlegt hat, den Reichstag ohne Competenzüberschreitung gar nicht beschäftigen kann und gar nichts kümmert.

Seit Jahren ließen Herr Eugen Richter und seine Leute, so oft die verbündeten Regierungen mit einem auf Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches abzielenden Steuerprojecte hervortraten, den Ruf erschallen: „Bestreuet zuerst den Branntwein!“ Wir waren immer der Meinung, daß dieser Ruf nicht hervorgegangen aus dem Bestreben, der Steuerreformfähigkeit den richtigen Weg zu zeigen, sondern aus dem der Väter Richter innewohnenden Hass gegen

die Großgrundbesitzer, welche man in ihrem Brennerbetriebe schädigen wollte. Von diesem unerminderten Hass zeugt wiederum das neueste der „Frei. Ztg.“ und gesinnungsverwandten Blättern beigegebene Richter'sche Flugblatt: „Branntweinmonopol und Landwirtschaft.“ Er wurzelt tief genug, um vergessen zu machen, daß die Brennererei auch für viele Kleinbesitzer ein unentbehrlicher Nebenbetrieb ist. Die Herren Eugen Richter und Genossen wurden nicht genügt durch den Gedanken, daß das, was sie dem Großgrundbesitzer hätten antun mögen, der ganzen Landwirtschaft Schaden bringen würde; und schließlich ergeht einem „deutsch-freimüthig“ auftretenden Sachwalter des Zwischenhandels der Grundbesitzer- (Bauern-) Stand überhaupt als verdächtig und strafwürdig, weil dieser Stand nur ausnahmsweise Recurten zur Compagnie Richter stellt.

Es liegt uns mit diesen Feststellungen selbstverständlich nichts ferner, als die öffentliche Diskussion über die jetzt nach Text und Motiven bekannte Monopol-Vorlage fördern, oder uns als bedingungslos Vertheidiger dieser Vorlage aufweisen zu wollen — wir hegen im Gegentheil mannigfache und schwerwiegende Bedenken gegen einzelne Punkte derselben, wünschend aber eine Form der Agitation mit aller Schärfe zurückzuweisen, die ohne ein concretes Object und auf Grund willkürlicher Annahmen sich lediglich an die Leidenenschaften wendet, der ruhigen und sachgemäßen Beurtheilung von vornherein den Mund verriegeln will und zu einer doppelten Gefahr für unser öffentliches Leben wird, wenn sie auch unsere parlamentarischen Körperschaften in diese Wankereien hineinzerren und den Reichstag zum Resonanzboden für eine ins Blaue deklamirte, wichtige wi. thätigkeits Interesse schädigende Rhetorik machen will. Was sich als Frucht der bisherigen lässlichen Erörterung schon jetzt als unabweisbar herausgestellt hat, das ist die in den allerweitesten Kreisen herrschende Ueberzeugung, daß die jegliche Anregung nicht vorübergehen darf, ohne daß es zu einer Verhandlung über die Gewinnung wesentlich höherer Einnahmen aus dem Branntwein kommt, sei es nun durch das Monopol oder auf einem andern Wege. Auch in den Interessententeilen verheißt man sich diese Artwendigkeit nicht mehr. Herr Richter hat in seiner Agitationspresse fortwährend dagegen anzuempfehlen, daß nicht auch von dieser Seite positive Vorschläge gemacht werden. Unseres Erachtens würden die nächstberühmtesten sehr unweise handeln, wenn sie sich in eine stürmische, lediglich verneinende Opposition hineinsetzen lassen würden. Der Branntwein muß — wie der jetzt beliebte Rufsausdruck lautet — mehr „bluten“ und wird diesem Schicksal auf die Dauer nicht entgehen. Es handelt sich nur darum, wie die größere Steuerfähigkeit in möglichst schonender und berechtigter wirtschaftlicher Interessen möglichst wenig verletzender Weise zur Geltung gebracht werden kann.

Woitlicher Tagesbericht. Deutsches Reich.

Um den Werth der päpstlichen Vermittlung in der Carolinenfrage ans Licht zu stellen, deren Nothwendigkeit die „Wost. Ztg.“ bezweifelt hatte, weist die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf die hochgradige und für unsere Frieden mit diesem befreundeten Lande wie für dessen eigenen inneren Zustand bedrohliche Spannung hin, welche viele der „Wost. Ztg.“ und der „Germania“, welche verwandte Dramen in Spanien zu freigen bemüht waren.

Diese Spannung wußten wohl am sich auf gegenseitige Freundschaft angewandten Nationen beizulegen zu haben, ist das hohe und unerschreitbare Verdienst der päpstlichen Vermittlung. Kein anderer als der Papst würde dergleichen Erfolge erreicht haben, es gehörte dazu die allseitige Verehrung, deren sich die Persönlichkeiten des XIII. Jhdts, und die besondere Bedeutung für die Geschichte des Jhdts, die diesem hohen Herrn nach Charakter und Wissen bewohnten.

Der Bundesrath hat in seiner am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung dem Ausfufsantrag über den Antrag Hamburgs wegen Abänderung des Paragraphen 802 der Grundgesetzgebung, betreffend die Anstellung von Arrestbefehlen an den Schuldner etc. zugestimmt und auch dem mündlichen Ausfufsbefehle betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Paragraphen 137 des Grundgesetzes (Bewehrung vor der Vereintigten Senate des Reichsgerichts) seine Zustimmung erteilt.

Ueber die Beratungen des Bundesraths über das Branntwein-Monopol theilt die „Freuztg.“ mit, daß dieselben allem Ansehen nach sehr eingehende und ziemlich ausgedehnte sein würden, aus denen der Entwurf möglicherweise in einer wesentlich veränderten Gestalt hervorgehen würde.

In welcher Weise die Agitation gegen das Branntweinmonopol betrieben wird, dafür spricht das folgende Circular, welches, wie die „W. B. Z.“ hören, in zahlreicher Exemplaren verbreitet wird:

„Gegen das Branntweinmonopol P. P. Es wird schon zu Ihrer Kenntniß gekommen sein, daß die Reichsregierung beabsichtigt, dem Reichstage eine Vorlage wegen Einführung des Branntweinmonopols im deutschen Reich zu machen und daß die Vorbereitungen dazu schon zum Abschlusse kommen sind. Es ist wohl nicht nöthig, Ihnen auseinanderzusetzen, wie sehr Ihr Gewerbe durch die, die freie Erwerbthätigkeit wieder schädigende Maßregel benachtheiligt wird. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die beiliegende Relation an den Reichstag. Es handelt sich nun darum, die Einführung dieses Monopols zu verhindern, und das kann am wirksamsten geschehen, wenn der Reichstag durch Tausende von Petitionen veranlaßt wird, seine Zustimmung zu verweigern. Es ergeht deshalb hiermit an Sie die Aufforderung, auch Ihreits ein Schreiben zu thun. Für die beiliegende Relation an den Reichstag laden Sie in Ihrem Local und Ihrem Besitze zu viel Unterschriften zu sammeln, wie nur irgend möglich ist. Unterzeichnen Sie sich dieser geringen Mühe selbst, die Arbeit ist für ihr eigenes Interesse. Lassen Sie jeden ermachenden mündlichen Einwohner, der des

das Bier; Schreiber hatte unterdessen seinen Paletot zugeknöpft und die Handtasche angezogen, mit freundlichem Gruß ging er hinaus.

„Wenn der Herr noch einmal wieder kommt, verbitte ich mir alle Heillichkeiten mit ihm,“ fuhr St. inthat die Kellnerin an, „wenn es Ihnen bei mir nicht mehr gefällt, können Sie gehen, aber so lange Sie in meinen Diensten sind, haben Sie es mit mir und nicht mit meinen Gästen zu halten.“

„Sapperment, Sie können grob werden!“ spottete der Gast.

„Je, was kümmert das Sie?“ brauste Steinhil auf. „Trinken Sie Ihr Bier aus und machen Sie, daß Sie fortkommen, Sie gehören überhaupt nicht in dieses Local.“

„Aus fremder Leute Leder ist gut Riemen schneiden; können Sie das Sprichwort?“

Der Wirth war vor dem hageren Mann stehen geblieben, der höhnische Ton, den der Gast angeschlagen hatte, schien ihm zu bemerken.

„Frier ich Ihr?“ fragte er barisch.

„Kaspar Strid,“ antwortete der Andere.

„Nun bin ich so jung, wie zuvor, ich kenne Euch nicht!“

„Ihr werdet mich kennen lernen, wenn ich ein paar Worte mit Euch allein geredet habe!“

„Wahrscheinlich eine Betelei!“ höhnte Steinhil.

„Der eine Wurm!“ sagte Strid in scharfem Tone.

„Schickt das Mädchen fort,“ flüster er leise hinzu.

Der Wirth sah ihn eine Weile starr an, dann schüttelte er ablehnend das Haupt.

„Ihr seht aus, wie einer, der Wobes im Schilde führt,“ erwiderte er, „mit Euch allein zu sein, dünkt mir gefährlich.“

„Seid Ihr doch eine Memme?“ spottete der Gast.

„Ich hab' mich noch an keinem Menschen, auch nicht an

(Nachdruck verboten.)

Wilde Hagen.

Roman von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Was wollen Sie hier?“ fragte Steinhil barisch. „Mir Bornwärte machen? Werden Sie sich an Ihre Schwester, das ist die richtige Adresse.“

„Bornwärte? Ihnen?“ erwiderte Konrad verächtlich. „Ich danke Gott, daß meine Schwester den Rath gehabt hat, die Weichliche zu Ende zu bringen, Ihnen nehme ich es nicht einmal übel, daß Sie sich wie ein Lump dabei benommen haben, ein anderes Benehmen hätte Ihrer Natur widersprochen. Ich will mir den Ring und das Bild meiner Schwester von Ihnen zurückfordern.“

„Sie hat auch Manges von mir zum Geschenk erhalten.“

„Werthlos's Zeug, ich hab's Ihnen mitgebracht,“ fiel Konrad ihm ins Wort, während er ein Päckchen aus der Tasche holte, das er auf's Büffet legte, „wo Sie diese Geschenke betrachten, so werden Sie vielleicht heute sich Ihrer damaligen Armuth freuen.“

Gerhard Steinhil hatte den Ring schon abgehoben, er suchte in den Schubläden des Büffets nach der Photographie, die er endlich unter seinen Briefen und Rechnungen fand.

„Schämt Euch selbst, Ihr schäbig's Volk!“ sagte er in maßloser Wuth. „Ihr habt wahrhaftig keine Ursache, Euch auf's hohe Pferd zu setzen! Ihr ärgert Euch nur, weil ich —“

„Wein, wir trennen uns“, fiel Konrad ihm abermals in die Rede, während er Ring und Bild einsteckte, „es ist uns eine Last von der Seele gefallen, seitdem Marianne die Sache zu Ende gebracht hat. Ich könnte Ihnen noch andere Worte sagen, aber —“

„Hinaus, Du Lump!“ schrie der Wirth. „Laßt Euch nicht wieder hier sehen, wenn Eure Knochen Euch lieb sind!“

Der Inspektor schüttelte mißbilligend sein graues Haupt, als Konrad das Schenkenzimmer verlassen hatte.

„Das wird den Leuten auch wieder Stoff zu üblem Gerede geben“, sagte er, „Sie haben sich da sehr unflug benommen.“

„Was geht mich das Geschwätz der Leute an!“ brauste Steinhil auf. „Sie sollen mir nur zu nahe kommen, dann will ich ihnen schon heimleuchten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Lassen Sie mich in Ruhe mit Ihren weihen Bemerkungen, ich brauche keinen Rath von Ihnen, ich 'habe, was mir beliebt, und damit halte!“

Er war hinter dem Büffet herumgekommen, in steigender Aufregung durchmaß er mit großen Schritten den eleganten Raum.

Der Inspektor trank sein Glas aus und holte seine Börse aus der Tasche, um die Zecher zu berechnen.

„Nur immer weiter gehen,“ flüsterte er der Kellnerin zu, die vor ihm stand, „in seiner Angst und Unruhe wird er sich vielleicht verrathen. Achten Sie auf jedes Wort, das er spricht.“

Ein neuer Gast trat in diesem Augenblick ein, ein schlichter Arbeiter, großer, hagerer Mann mit grauem Haar. Seine spielenden Augen hatten einen tickischen, strebenden Blick, die lange, durchgezogene Nase verlieh seinem Gesicht einen Ausdruck, der an einen Raubvogel erinnerte.

Der Wirth musterte ihn mit einem geringschätzenden Blick, er schien sehr geneigt zu sein, ihm die Thüre zu zeigen; aber der Gast achtete nicht darauf, er ließ sich an einem Tische nieder und verlangte ein Glas Bier, dann heftete er den schielenden Blick auf den Inspektor, der ebenfalls ihn betrachtete.

Die Kellnerin brachte ihm mit verdrossener Miene

Schreibens fundig ist, unterzeichnen. Es wird das nicht schwer sein, wenn Sie den Leuten ausmenden lassen, wie bedeutend der Bräutigam durch das Monopol bereichert würde, so daß Sie hinter den beidseitigen Frieden dafür stehen könnten. Wenn Sie darin Ihren Verstand an den anderen Orten Ihre Schuldbildung thun, so können Sie sich darauf verlassen, daß das Monopol nicht eintritt wird. Nach Sammlung der Unterfertigten senden Sie gef. die Relation sofort an die unterzeichnete Commission zurück. Eine ist nicht nöthig. Und werden Sie noch gebeten, darauf zu achten, daß die Relation möglichst reichlich gehalten wird. Mit Achtung Die Commission: Louis Becker, Joh. Schenk, Friedrich Göddmann, Aug. Kleinschmidt.

Wir enthalten uns jedes Kommentars zu dieser Leistung.

Die officiellen „B. N. R.“ sind bereits mehrfach mit Entschiedenheit den Gerüchten entgegengetreten, welche der preussischen Regierung die Absicht unterliegen, die 4 Pro. Conzols zu convertiren zu wollen. Da trotz dieser Dementis noch immer diese Gerüchte nicht verstummen zu wollen scheinen, so nimmt das genannte Organ des Finanzministers auf Grund eines speciellen Falles Veranlassung, nochmals auf die Sache zurückzukommen. Es hatte jemand bei der königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden den Antrag gestellt, die für ihn im Staatsschuldbuch eingetragene Forderung zu lösen und ihm die 4 Pro. Stücke auszuliefern, weil, wie er angab, er annehmen müsse, es bestände die Absicht, die 4 Pro. Conzols in 3 1/2 Pro. zu convertiren. Selbstredend wurde dem Antrag Folge gegeben und obgleich es sonst nicht Gepflogenheit ist, auf die Motive der Antragsteller weiter einzugehen, hat die kgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden in diesem speziellen Falle doch Gelegenheit genommen, in categorischer Weise den Gerüchten entgegenzutreten, auf die der Antragsteller Bezug genommen hatte, um durch ein stillschweigendes Uebergehen derselben nicht Anlaß zu Mißdeutungen zu geben. Die genannte Behörde jagt in ihrem Schreiben an den Antragsteller wörtlich:

„Wir nehmen hiermit Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß uns von einer derartigen Absicht der Staatsregierung auch nicht entfernt etwas bekannt geworden ist und daß die betreffenden Gerüchte wohl lediglich auf Versuche einzelner Speculationen, das Substitut zu täuschen, zurückzuführen sind. Schon bei der Vorberatung des Gesetzes betreffend das Staatsschuldbuch ist übergingen von dem Betreuer der Staatsregierung in Uebereinstimmung mit der von derselben dem Landtage vorgelegten Begründung des Entwurfs zu dem Gesetze ausdrücklich erklärt worden, die 4 Pro. consolidirte Anleihe bilde den Hauptposten der Staatsschuld und werde vorläufiglich längere Zeit ungeschädigt bleiben.“

Aus dem Bericht über die Verhandlungen der Commission gegen Einführung der Vererbung ist eine bisher wenigstens in weiteren Kreisen nicht bekannt gewordene Erklärung des Staatsfiscaltars von Stellung von Interesse, welche sich gegen die Einrichtung von Vererbungen in den Landgerichten wendet. Dieses System der Vererbung sei im vorigen Jahre Gegenstand der Beratung im Bundesrathe gewesen. Die überwiegende Mehrzahl habe sich gegen dasselbe ausgesprochen, einmal mit Rücksicht auf die große Zahl der in einem Landgerichte, denen das erforderliche Personal fehle, vor Allem aber deshalb, weil die Richter erster und zweiter Instanz, falls sie denselben Bericht angehöben, sich in derselben geistigen Atmosphäre bewegen, die Vererbungskammer also der erforderlichen höheren Autorität entbehre. Man darf zunächst gespannt sein, wie das Plenum des Reichstags sich über diese Frage entscheiden wird.

Ueber die nunmehr mit Bestimmtheit erwartete kirchlich-politische Vorlage für den Landtag wird der „Kat.-Ztg.“ geschrieben:

„Es werden, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, dem Landtage zwei Entwürfe ausgeben; der eine betrifft die Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes, der zweite die Verordnungen der katholischen Geistlichen. Hier würde es sich u. A. um die Einrichtung der Seminare handeln, während des dreijährigen Unterrichtsstadiums Vorlesung zu beenden wird.“ Von der dringlichsten Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes war schon früher die Rede. Da aber in den weiter in Kraft bleibenden Gesetzen Bestimmungen enthalten sind, welche gerichtliche Entscheidungen erfordern, so müßte dafür ein anderes Tribunal zuständig werden. Früher war gelegentlich die Rede davon, daß das Oberverwaltungsgericht dazu ausreichen werden könnte.

Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses soll, wie dem „Hamb. Corresp.“ telegraphirt wird, beschlossen haben, einen Antrag, betreffend die Aus-

freundem Gut vergriffen, versteht Ihr das? Ich sage Euch, scheidt das Mädchen fort, Ihr werdet etwas erfahren, was Euch sehr nützlich ist, und was nicht Jeder zu wissen braucht.“

Steinhalt schüttelte noch immer den Kopf, sein Blick schweifte ratlos hinüber zu der Kellnerin, die am Büffet stand.

„Denkt an die Schiffbrüder!“ flüsterte Kaspar Strid. „Der Wirth fuhr zusammen, als ob ein elektrischer Schlag ihn getroffen habe, die Augen quollen aus ihren Höhlen hervor, ihr harter Blick ließ die Angst des bösen Gewissens nur zu deutlich erkennen.“

Er befaß dem Mädchen, in die Küche zu gehen, dann nahm er dem dazwischen Manne gegenüber Platz.

„Was soll's mit der Schiffbrüder?“ fragte er heiser. „Im vergangenen Herbst brautet Ihr einen Fremden hinter, Ihr tragt seinen Koffer, erinnert Ihr Euch noch?“

„Das ist oft geschehen.“

„Es war zur Zeit der Ueberschwemmung, an einem Abend, wo man des Wetters wegen keinen Hund vor die Thür hätte jagen sollen“, fuhr Kaspar Strid fort, dessen schleiernde Lid durchdringend auf dem Wirth ruhte.

„Der Fremde war betrunken, Ihr gingt neben ihm.“

„Am Leut, Jo, ich sage Euch noch einmal.“

„Nicht mich anreden. Ich war damals noch Laterrenanziger, Ihr habt mich nicht gesehen, ich aber sah Euch zweimal, einmal, als Ihr über die Brücke hinüber gingt und nachher, als Ihr zurück kamt. Das zweite Mal war der Fremde nicht mehr bei Euch, aber Ihr tragt seinen Koffer noch immer.“

(Fortsetzung folgt.)

weigungen, nicht einbringen. „Das wäre gar nicht ungeschickt von den Polen, denn sie können leicht voraussehen, daß das Ergebnis im Abgeordnetenhause das entgegengekehrte sein würde, wie im Reichstage“, meinte die „Kat.-Ztg.“. Uniers Cractans kann es im übrigen gar nicht ausbleiben, daß die Frage im Abgeordnetenhause, wohin sie geht, und wo die Regierung auch Rede und Antwort zu liefern verprochen hat, zur Diskussion gestellt wird. Bemerkenswerth ist folgende Zuschrift, welche die „N. A. Z.“ aus Polen erhält:

Gegenüber der allgemeinen Theilnahme, mit welcher das 25jährige Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers und Königs in dem ganzen Königreiche gefeiert wurde, ist das Verhalten der Polen am 3. Januar d. J. höchst charakteristisch. Wie wir hören, ist es dem Kapitäl in Gnesen seiner Zeit von der Regierung nahe gelegt worden, an dem genannten Tage in der Domkirche des Regierungsjubiläums in geeigneter Weise zu gedenken. Das Kapitel hat jedoch beschloffen, dieser Anregung nicht Folge zu leisten, da bei der augenblicklichen Lage der Dinge an dem Gottesdienste nicht Theilgenommen werden dürfe.

Der von der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses angeregte, aber noch nicht eingeleitete Antrag, auf Beschluß der Provinziallandtage mit königlicher Genehmigung den öffentlichen Provinzial-Feuerzweizerien ein Kamobilien-Brandversicherungs-Monopol für ihre bezüglichen Bezirke zu gewähren, beruht auf der Erwägung, daß die öffentlichen Feuerzweizerien namentlich der Provinzen Ost-, Westpreußen, Posen und Brandenburg in ihrer Existenz gefährdet sind. Sie stehen in einem ungleichen Konkurrenzverhältnis gegen die Privat-Feuerzweizerien, welche die höchsten Prämien, vor Allen die feuergefährlichen rauh bedachten Gebäude, theilweise, theils durch unersetzliche Prämien für den Leibe halten, während die öffentlichen Societäten für die großen Theile der ärmeren Bevölkerung, den Kleinrentnern auf dem platten Lande gebrügten feuergefährlichen Gebäude die einzige Möglichkeit der Versicherung gewähren. Diese Last schwerer Kräfte und die daraus folgende stetige Steigerung der Societätsbeiträge hat den Austritt zahlreicher Versicherungsnehmer mit feuergefährlichen Bauten zur Folge gehabt und damit eine Schraube ohne Ende bezüglich der Societätsbeiträge eröffnet, deren Wirklungen um so bedrohlicher werden dürften, sobald der Plan, in großen landwirthschaftlichen Korporationen ihre Creditverbindungen zu einer Versicherung auf Gegenseitigkeit zu vereinigen, zur Ausführung gelangt. Die Auflösung der öffentlichen Societäten würde aber gleichbedeutend sein mit dem Ausbruch der zahlreichen ärmeren Besitz feuergefährlicher Bauten auf dem Lande von jeglicher Versicherung gegen Feuergefahr. Das damit ein in sozialer und wirthschaftlicher Hinsicht schwerer Mißstand eintreten würde, ist klar. Wie immer man im Uebrigen über die Anregung denken mag, so wird man doch anerkennen müssen, daß sie von gemeinnützigen Gesichtspunkten ausgeht und einem schweren Mißstande vorzubeugen trachtet.

Ausland.

Frankreich. In der Deputirtenkammer brachte Rochefort am Donnerstag den Antrag auf Erlass einer Amnestie ein und bemerkt zu dessen Begründung, Präsident Grevy habe ein Duzend Personen, die wegen politischer Verbrechen verurtheilt worden seien, begnadigt und damit seine Pflicht gethan, die Kammer müsse nunmehr ihre Schuldigkeit thun und für die übrigen Verurtheilten eine Amnestie beschließen. Rochefort verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Minister Goblet erklärte, die Regierung lehne jeden Amnestieantrag ab und könne daher auch die Dringlichkeit nicht acceptiren. Es handle sich nur noch um Personen, die auf Grund des gemeinen Strafrechts verurtheilt worden seien, die Regierung könne in einem Augenblick, wo die Kammer eine gewisse Anzahl von Wahlen zur Deputirtenkammer für ungültig habe erklären müssen, einer Amnestie für solche, die wegen Wahlergeben verurtheilt seien, nicht zustimmen. Cassagnac erwiderte unter dem Beistand der Rechten, die Sprache Goblets, der die Ungültigkeitserklärung der Wahlen gebilligt habe, werde die Rechte bestimmen, für die Dringlichkeit zu votiren. Die Dringlichkeit des Antrags Rocheforts wurde hierauf mit 251 gegen 248 Stimmen beschloffen.

Britisches Reich. Die Thronrede, mit welcher die Königin am Donnerstag das Parlament eröffnete, bezieht die Beziehungen zu den Mächten als freundschaftliche und gedenkt besonders der befriedigenden Regelung der afganischen Grenzfrage mit Rußland. Die Königin hofft, daß die Arbeit der mit Abtheilung der Grenze betrauten englischen und russischen Commissäre dazu beitragen wird, die Aufrechterhaltung des Friedens in Centralasien zu sichern. Der Aufstand in Ostrumelien habe dem Wunsche der Bevölkerung auf eine Aenderung in den politischen Arrangements des Berliner Vertrags Ausdruck gegeben. Bei den darauf folgenden Verhandlungen sei das Ziel der Königin darauf gerichtet gewesen, die Bevölkerung ihrem Wunsche gemäß unter die Regierung des Fürsten von Bulgarien zu bringen, dabei jedoch die wesentlichen Rechte des Sultans ungeschwächt aufrechtzuerhalten. Was Egypten anbelange, so würden die Commissarien Englands und der Türkei, welche mit dem Chebede verhandeln, Bericht erstatten über die Maßregeln, welche notwendig seien, um die Werthebügung Egyptens und die Stabilität und Wirksamkeit der Regierung dieses Landes zu sichern. Endlich gedenkt die Thronrede auch der Ereignisse, welche zu der Expedition Englands nach Birma und zur Annexion dieses Landes geführt haben.

Die Königin bedauert, daß sich die Lage der Landwirtschaft nicht verbessert habe und konstatirt die Erneuerung der Agitation in Irland mit dem Ziel, die Bevölkerung gegen die legislative Union zwischen England und Irland aufzuregen. Die Königin betont ihren festen Entschluß, jede Aenderung des Unionsgesetzes fernzuhalten und hält sich überzeugt, daß sie dabei vom Parlament die volle Unterstützung werden wird, sie bedauert den in Irland organisirten Widerstand, durch welchen man sich den gesetzlichen Verpflichtungen entziehen

wolle und das System des Terrorismus, das man zu diesem Zweck verfolge. Wenn, wie man Grund habe zu befürchten, die heftigen Gesetze nicht ausreichen sollten, diesen nachdenlichen Mächten zu befehlen, hege die Königin das Vertrauen, daß das Parlament die Regierung mit allen notwendigen Vollmachten ausstatten werde. Die Regierung werde Gelegenheit vorhalten zur Berichtigung der administrativen Anomalie für die Großstaaten Englands und Schottlands mittelst der Einsetzung von Mächten, deren Mitglieder von der Bevölkerung gewählt werden sollen. Die Regierung bereite einen ähnlichen Gesetzentwurf auch für Irland vor.

Die Parlamentsöffnung erfolgte im Oberhause mit dem hergebrachten überaus glänzenden Cerimonell. Die Mitglieder des Oberhauses waren in ihren Amtsräumen erschienen. Von der königlichen Familie war außer der Prinzessin von Wales, der Prinzessin Kaiise und der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein zugegen. Auch das gesamte diplomatische Corps wohnte der Feierlichkeit bei. Die Thronrede wurde vom Lordkanzler verlesen.

Im Unterhause kündigte Hicks Beach an, daß er nach dem Schluß der Redebeiträge mehrere die Geschäftsordnung des Unterhauses betreffende Anträge einbringen beabsichtige und daß er dafür die Dringlichkeit beantragen werde.

Wien. Herr Paul v. Wöllendorff hat, wenn die „Times“ recht unterrichtet ist, am 24. November vorigen Jahres Korea für immer verlassen, nachdem er seiner verschiedenen Posten, die er in der Regierung von Korea bekleidete, entwehden worden ist oder dieselben niedergelegt hatte. Ein dänisches Kreuzer wurde ihm vom hinesischen Vicekönig Li Tung Gang zur Verfügung gestellt, und er schiffte sich auf diesem Schiffe in Chemulpo nach Tientsin ein, wo er gegenwärtig weilt. Nach einer einem schlechten Blatte zugegangenen Benennung — Herr v. Wöllendorff ist Schifffahrter — würde dieser im Frühjahr wieder nach Korea überfahen, dies scheint denn doch nach allem, was man gehört, nicht eben wahrscheinlich. Es kann vielmehr nicht länger daran gezweifelt werden, daß unter veränderter Landesherrschaft und ehemaliger Hallenser Commissionen wirklich „günstig“ ist.

Berichtigte Nachrichten.

Berlin, den 21. Januar. — Se. Majestät der Kaiser hatte am Donnerstag eine Konferenz mit dem Kriegsminister, arbeitete jedoch mit dem Chef des Militärkabinetts und unternahm später eine Spazierfahrt.

— Ihre Majestät die Kaiserin hat 150 M für die Hinterbliebenen der in der Brand-Katastrophen in Wachen um's Leben Gelommenen überweisen lassen.

Ueber die Reihenfolge der Winterfestlichkeiten am königlichen Hofe sind nunmehr nachgehende Bestimmungen getroffen worden: Zunächst findet am Donnerstag, den 23. Januar im Weißen Saale des Berliner königlichen Schlosses Conz und nach dieser Concert statt. Am nächsten Tage, 24. Januar, ist in den Räumen des königlichen Opernhauses der Subteritänonsball. Für den 2. Februar ist ein größerer Ball bei den Majestäten im königlichen Schlosse und für den 11. Februar eine Ballgesellschaft bei den Kronprinzen in den Vorstädten ebenfalls in den Räumlichkeiten des königlichen Schlosses in Aussicht genommen. Am 18. Februar findet dann der zweite und am 25. Februar der dritte Ball bei den Majestäten im königlichen Schlosse statt. Den Schluß der Festlichkeiten am königlichen Hofe bildet der große Natradtsball am Dienstag den 9. März bei den Majestäten im königlichen Schlosse.

Das Beirathen des Großherzogs von Wachsenburg-Schwerin und der Großherzoglichen Familie ist, wie den „Mett. Anz.“ aus Gammes geschrieben wird, ein vorläufiges. Zur Feier des Namenfestes der Großherzogin am 3. Januar trat die russische Fregate „Dmitri Donskoi“ ein und ging in dem nahen Golf Juan vor Anker. Vormittags fand dann auf der Fregate Gottesdienst statt, zu welchem sich die hohen Herrschaften, sowie der Herzog von Leuchtenberg, welcher von Riga gekommen war, an Bord des Schiffes begaben. Nach dem Gottesdienst war Parade, worauf die hohen Herrschaften mit dem Offizierscorps das Frühstück einnahmen. Abends fand in der Villa Jola-Bella ein Diner statt, zu welchem der Herzog von Leuchtenberg und 10 Offiziere der Fregate geladen waren. Am 13. d. M. begaben sich die allerhöchsten Herrschaften zum russischen Neujahrsfest nach Riga und stattenen daselbst vor dem Gottesdienst der Königin von Württemberg einen Gratulationsbesuch ab.

— Betreffs der Gesundheit des Papstes wird der „N. Z.“ berichtet, daß der heilige Vater sich in den letzten Jahren viel wohler gefühlt habe und auch jetzt wieder häufige aus zur Zeit seines Regierungsantritts. Er habe weder ein Nieren- noch ein Blasenleiden und habe auch niemals den Amsterdamer Nektar, der sich vor einiger Zeit allerdings in Rom befand, zu Rathe gezogen. Dagegen sei Leo XIII., dessen Ueberlebens nicht sonderlich stark sei, mehrfach von Schwächen, aber nicht gefährlichen Diarrhöen geplagt gewesen, und diese Anfälle hätten ihm abdam auch den ohnehin sehr ermüdenden Empfang der zahlreichen Abordnungen besonders befriedigend gemacht.

— Einen schmerzlichen Verlust hat die Kreuzerflotte „Marie“, welche nach mehr als zweijähriger Abwesenheit in den allerletzten Tagen wieder in der Heimath erwartet wird, noch kurz vor Abreise von ihrer Reise erlitten. Am 2. Januar hatte die „Marie“ Port Said verlassen, als sie am Morgen des folgenden Tages mit der Flagge halbhaft zurückkam, um den plötzlich an Bord verstorbenen Stabsarzt Dr. Hermann Wilkens zu beerdigen. Das Begräbniß war, wie man der „Kreuzztg.“ aus Port Said schreibt, ein sehr feierliches; den Leichensarg bildeten ein Detachement der ägyptischen Polizei, die Musik der ägyptischen Korvette „Safsa“ und die der „Marie“, eine Abtheilung deutscher Marineoffiziere, von denen einer die Dekoration des Verstorbenen trug; darauf kam die Wache, gefolgt von dem Kapitän der „Marie“, dem deutschen Konzult, dem Gouverneur, den Offizieren der „Marie“, der „Safsa“, und des englischen Kanonenbootes „Gouette“ sowie dem italienischen Kommissariats-Offizier. Den langen Zug bildete eine Marine-Abtheilung der „Gouette“; der Leichnam ward auf dem Friedhofe von Port Said unter militärischen Ehrengezeugungen befristet.

